

---

## Dow Jones Newswires

### EP will Mitgliedstaaten bei Verschleierung von Betrugsfällen bestrafen

277 words  
6 April 2011  
16:31  
Dow Jones  
VWDUNT  
German  
Copyright 2011 Dow Jones News GmbH. All Rights Reserved

BRÜSSEL (Dow Jones)--EU-Staaten, die Unregelmäßigkeiten oder Betrug mit Geldern aus dem EU-Budget verschleiern, sollen nach dem Willen der Europaabgeordneten bestraft werden. Dafür sprach sich das Plenum am Mittwoch in einer Entschließung zum Betrugsbekämpfungsbericht 2009 der EU-Kommission zu. Darin wird zudem auf ausstehende Rückzahlungen von unrechtmäßig ausgezahlten EU-Mitteln in Milliardenhöhe verwiesen. So seien etwa von den Agrargeldern nur 10% der bis 2006 zu unrecht ausgezahlten 1,3 Mrd EUR von den Empfängern wieder eingezogen worden.

Der Umgang der Mitgliedstaaten mit Geld aus dem EU-Haushalt ist von atemberaubender Schlampigkeit, erklärte der SPD-Abgeordnete Jens Geier. EU-Mittel würden von den Mitgliedstaaten in weiten Teilen weiterhin unrechtmäßig ausgegeben, heißt es in der Resolution. Vor allem in Italien sei das Ausmaß nicht bereinigter Unregelmäßigkeiten Anlass zur Sorge. Insgesamt sei insbesondere in den beiden größten Ausgabenbereichen, der Agrar- und der Regionalpolitik, die Situation katastrophal.

Die Betrugsverdachtquoten in Spanien und Frankreich werden als verdächtig niedrig bezeichnet.

Gerügt werden auch Österreich, Finnland, die Niederlande, die Slowakei und Großbritannien, weil sie ihre Berichtspflichten über die Verwendung von EU-Agrarmitteln nicht erfüllten. Die Kommission wird aufgefordert, die Lage in Spanien und Italien genau zu überwachen, da von diesen beiden Staaten die höchsten Schadensbeträge bei den Agrarausgaben gemeldet wurden.

Alle Vorurteile über den Fördermittelmissbrauch bestätigten sich, wenn der größte Anteil falsch ausgezahlter EU-Mittel nicht nach Brüssel zurückfließe, sondern irgendwo versickert, so der CDU-Abgeordnete **Markus Pieper**. Den schwarzen Schafen müssten die Fördergelder entsprechend gekürzt werden. Diese Möglichkeit solle die Kommission in ihren Vorschlägen zu den künftigen Agrar- und Strukturfondsverordnungen vorsehen, forderte Pieper.

DJG/ang/5.4.2011 [ 06-04-11 1431GMT ]

90806

Document VWDUNT0020110406e74600ac